

5. Nachtragskredite für das Jahr 2025, II. Sammelvorlage

Antrag des Regierungsrates vom 10. September 2025 und Antrag der Finanzkommission vom 2. Oktober 2025

Vorlage 6048

Ratspräsident Beat Habegger: Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Die Finanzkommission beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einen Nachtragskredit von rund 5,1 Millionen Franken für das Amt für Informatik, AFI, in der Leistungsgruppe 4610 zu bewilligen. Im Zusammenhang mit der zusätzlichen gebundenen Ausgabe- und Vergabeerhöhungen im Projekt «Plattformen und Rechenzentren (PRZ) sowie Plattformbetrieb, Applikationsbetrieb und Applikationsmanagement», vergleiche RRB (*Regierungsratsbeschluss*) 489/2025, kann der Budgetkredit 2025 in der Erfolgsrechnung des AFI nicht eingehalten werden. Für den Abschluss des Projekts werden aufgrund des erheblich grösseren Migrationsaufwands, der gestiegenen fachlichen Anforderungen der Direktionen und der Staatskanzlei sowie der Sicherheitsvorgaben der allgemeinen und der besonderen Informationssicherheitsrichtlinien zusätzlich Mittel benötigt, und zwar für Erweiterungen um zusätzlichen Service, zum Beispiel die Oracle-Plattform für die JI (*Direktion der Justiz und des Innern*) und das Steueramt, Tool für End-to-End-Monitoring, Lebenszykluserneuerungen eines Teils der Plattforminfrastruktur, Kapazitätsausbau der Rechenzentrumsinfrastruktur, insbesondere bezüglich Speicherkapazitäten und Rechenleistungen, Weiterführung der externen Betriebsunterstützung, Aufbau des Applikationsbetriebs und -managements. Gemäss den Ausführungen in der Vorlage 6048 ist eine Kompensation ohne Leistungskürzungen in anderen Aufgabenbereichen nicht möglich. Besten Dank.

Marc Bochsler (SVP, Wetzwil a. A.): Beim vorliegenden Nachtragskredit geht es um 5,1 Millionen Franken für das Amt für Informatik, konkret für das Projekt «Plattformen und Rechenzentren sowie Applikationsbetrieb und Management». Dieses Projekt ist Teil der kantonalen IKT-Strategie, die seit Jahren läuft. Ziel ist es, alle Server der Verwaltung in eine zentrale Umgebung zu migrieren. Was auf dem Papier nach Digitalisierung klingt, hat sich in der Umsetzung zu einem sehr komplexen Grossprojekt entwickelt, mit mehrfachen Anpassungen, Verzögerungen und wiederholten Zusatzkrediten. Bereits im letzten Jahr brauchte es zusätzlich 3,2 Millionen Franken, nun wieder über 5 Millionen Franken. Und gemäss Regierungsratsbeschluss 489/2025 wird das ganze Projekt die Zürcher Steuerzahlerinnen und Steuerzahler am Ende über 76 Millionen Franken kosten. Ursprünglich waren 38 Millionen Franken vorgesehen, jetzt also das Doppelte. Begründet wird der Nachtragskredit mit einem grösseren Migrationsaufwand, neuen Sicherheitsvorgaben, zusätzlichem Service, wie einer Oracle-Plattform, und – man glaubt es kaum – einer verpassten Budgetierung um rund fünf Tage.

Die SVP anerkennt: Ohne funktionierende IT steht die Verwaltung still. Aber es kann nicht sein, dass der Kantonsrat jedes Jahr neue Millionen nachschiesse muss, weil Projekte unvollständig geplant oder nicht richtig geplant oder unterschätzt werden. Wir erwarten vom Regierungsrat, dass die Projektsteuerung und die Verantwortlichkeiten im Informatikbereich verbessert werden, Lebenszyklus und Investitionskosten können künftig vorausschauender und vollständiger ins Budget einfließen. Und ich glaube, das ist jetzt entscheidend: Wir müssen uns als Parlament ernsthaft überlegen, wie wir die parlamentarische Kontrolle im Bereich der Informatik verbessern können, selbstverständlich ohne den Staatsapparat weiter aufzublähen oder neue, teure Gremien zu schaffen. Aber die Informatik ist zu wichtig, zu teuer und zu allgegenwärtig, um sie einfach laufen zu lassen. Sie wird uns dauerhaft begleiten, ob wir das wollen oder nicht.

Die SVP stimmt diesem Nachtragskredit aus Verantwortung für den laufenden Betrieb zu, mit klarer Erwartung, dass künftig professioneller, planbarer und finanziabler gearbeitet wird. Vielen herzlichen Dank.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Vorweg, die FDP bewilligt diesen Nachtragskredit im Beschluss des Kantonsrates über den Nachtragskredit für das Jahr 2025, zweite Sammelvorlage. «Sammelvorlage» ist vielleicht etwas übertrieben, es geht um einen einzigen Nachtragskredit. Da kommt die FDP zum Schluss, dass immer genug Luft im Budget eingeplant ist. Ansonsten hätten wir eine Sammelvorlage, die dieses Wort auch verdient. Bei diesem Kredit über 5,094 Millionen Franken ist das Amt für Informatik betroffen, das verwundert ja nicht. Die Begründung für die Mehraufwendungen hat der FIKO-Präsident erläutert.

Auf eine Begründung möchte ich doch gerne genauer eingehen: In der Vorlage sind die gestiegenen fachlichen Anforderungen der Direktionen erwähnt. Waren diese Prozesse nicht bekannt? Weiss man nicht, wann der Lebenszyklus eines Programms zu Ende ist? Wir wagen zu behaupten, dass der Bestellzettel nicht korrekt war. Und wenn man nicht weiss, was man bestellt, bekommt man es auch nicht, und die Kosten weiss man erst recht nicht. Wir sind uns daher auch sicher, dass dies nicht das letzte Mal sein wird, leider.

Darum fordert die FDP explizit eine Aufsichtskommission über die Digitalisierung des Kantons (KR-Nr. 342/2025). Wir stehen erst am Anfang dieses Weges. Themen wie Automatisation, künstliche Intelligenz, Datensicherheit, Continuous Auditing und so weiter kommen erst noch. Wir hoffen auf eine breite Unterstützung. Danke.

Daniela Sun-Güller (GLP, Zürich): Die gute Nachricht zuerst: Wir haben nur einen Nachtragskredit, einen Nachtragskredit über etwas mehr als 5 Millionen Franken für das Amt für Informatik. Dies bedeutet, dass die anderen Direktionen und Abteilungen mehrheitlich in ihrem Budget gewirtschaftet haben; das ist ein gutes Zeugnis. Auch der Zwischenbericht des Regierungsrates über das Jahr 2025 sieht ein verbessertes Ergebnis vor. Die schlechte Nachricht: Wir haben ein wichtiges IT-Projekt, ein wesentliches Projekt der kantonalen IKT-Strategie, nämlich Platt-

formen und Rechenzentren, welches viel, viel mehr Mittel benötigt und viel aufwendiger ist, als hätte vorausgesehen werden können. Es geht darum, dass im Bereich der Infrastruktur Plattform Mittel für den Ausbau und die Weiterentwicklung benötigt werden. Im Wesentlichen ist die Plattform einer Lebenszykluserneuerung und einem Kapazitätsausbau zu unterziehen, dies gemäss dem Nachtragskredit und dies bei einem Plattformprojekt, welches im Jahr 2020 gestartet wurde und 2026 hätte fertiggestellt werden sollen, also noch vor Abschluss des Projektes. Bereits benötigt es einen Kapazitätsausbau und insbesondere Speicherkapazitäten und mehr Rechenleistungen. Und dass Lebenszykluserneuerungen nötig sind, ist noch unverständlich. Zudem hat die Konzeptphase des PRZ-Projekts ergeben, dass zusätzliche Services, wie beispielsweise eine Oracle-Plattform für die Direktion der Justiz und des Innern und ein Tool für End-to-End-Monitoring für das Steueramt, benötigt werden. Das heisst, die Bestellung ist kurz vor Abschluss des Projekts noch erweitert worden. Die gesamthaften Mittel für den Ausbau der Infrastrukturplattform liegen dabei total bei 76 Millionen und mehr und für die Dauer von 2020 bis circa 2030. Der Mittelbedarf ist doppelt so hoch wie bei der Vergabe des Projektes im Jahr 2020. Von diesen Mehrkosten fallen nun die 5 Millionen Franken bereits 2025 an. Das komplexe Projekt befindet sich nun mitten in der Migrationsphase und rund eineinhalb Jahre vor Abschluss. Ein Wechsel der Lieferantin und der Hauptverantwortlichen in der jetzigen Projektphase würden erhebliche betriebliche und technische Schwierigkeiten bereiten und substanzelle Mehrkosten und Projektverzögerungen mit sich bringen.

Nun, grosse IT-Projekte sind bekanntlich anfälliger als Schulhausprojekte und es gibt viele Stolpersteine. Es ist aber bezeichnend, dass es nicht das erste IT-Projekt des Kantons Zürich ist, das doppelt so viel oder mehr kostet. In dieser Hinsicht kann ich leider der Verwaltung kein gutes Zeugnis abgeben, aber es ist auch schwierig, dies mit so wenigen Informationen genau beurteilen zu können. Was wir beurteilen können, ist die Wichtigkeit des Projektes. Dass so grosse Unterschiede zur ursprünglichen Vergabe bestehen, ist mehr als nur unerfreulich, und dass Lebenszykluserneuerungen so kurz vor deren Ablauf, nämlich Ende 2025, in einem Nachtragskredit auftauchen, ist unverständlich. Der Bedarf ist leider aber gegeben und wird benötigt.

Die GLP stimmt dem Nachtragskredit zu, wird aber in den zuständigen Kommissionen genauere Informationen über das PRZ-Projekt einfordern. Wir bleiben dran.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Auch die Grünen stimmen hier zu, aber trotz dieser Einstimmigkeit ist das ein Nachtragskredit, den man nicht einfach so wortlos durchwinken kann, denn Digitalisierung und IT sind seit Jahren ein Dauerbrenner und sie verschlingen Unmengen an Ressourcen. Es wird Personal aufgestockt, es werden Finanzen aufgestockt, es braucht neue Infrastruktur, es wird neue Software beschafft, und letztes Jahr war das auch ein Schwerpunkt bei der Finanzkontrolle. Wir haben das im Sommer ja besprochen, als wir den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle abgenommen und genehmigt haben. Es gibt zwar auf

dem Papier eine klare Strategie in Sachen IT und Digitalisierung beim Kanton, aber es hapert einfach mit der Umsetzung. Und seit Jahren heisst es, «der nächste Durchbruch ist gleich um die Ecke, jetzt haben wir es dann geschafft, jetzt wird es besser», und es scheint einfach nicht zu klappen. Und der Kantonsrat muss sich eben auch wirklich fragen :Wie können wir unsere Aufsichtsfunktion wahrnehmen? IT- und Digitalisierungsgeschäfte sind in der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*), sie sind in der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*), sie sind in der FIKO, sie sind in einer Subkommission, sie betreffen alle Direktionen und die Staatskanzlei, und darum ist es schwierig, hier eine angemessene Oberaufsicht wahrzunehmen. Wir sollten uns wirklich Gedanken machen, was wir für Strukturen brauchen, um das wahrzunehmen. Und da kann ich meinen Vorrednern wirklich nur beipflichten und vielleicht braucht es auch eine eigene IT- und Digitalisierungskommission. Aber wir werden den Nachtragskredit mit diesen kritischen Anmerkungen genehmigen.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Ich mache es ultimativ kurz: Auch die SP wird diesem Nachtragskredit zustimmen, der Kommissionspräsident Karl Heinz Meyer hat eigentlich alles erklärt, und wir wissen auch, dass das Geld schlussendlich wahrscheinlich sowieso ausgegeben wird. Ich möchte aber noch eine kritische Note setzen und hoffe, dass Thomas Anwander mich nicht des Wahlkampfs bezichtigt, ich glaube, es ist als Thema zu wenig attraktiv. Aber es ist schon etwas irritierend, wie wir hier drin im Rat mit dem Geld umgehen, denn das Amt für die Informatik, es wächst und wächst. Es kostet immer mehr Geld, das sehen wir, und wir wissen auch: Sehr viel Geld fliesst extern. Das ist nicht Wissen, das beim Kanton gesichert wird, das ist Geld, das rausfliesst, das Know-how ist extern. Das Zweite haben wir hier drin auch schon x-mal besprochen: Office 365, die Cloud-Lösungen, das sei komplett alternativlos, das müssten wir einfach machen, das ist immer so sakrosankt. Ich weiss nicht, wer von Ihnen die Zeitung gelesen hat am Wochenende. Das Schweizer Militär hat gesagt, es möchte sich von Microsoft (*US-amerikanischer IT-Konzern, Entwickler von Office 365*) loseisen, weil es unter dieser Trump-Regierung (*Donald Trump, US-amerikanischer Präsident*) nicht mehr in dieser Abhängigkeit sein möchte. Und darum begrüsse ich auch sehr diese PI der FDP, die hier sagt: Wir als Kantonsrat müssen besser hinschauen. Aber dann noch das Andere: Ich habe gestern Abend für die SP die Budgetanträge dieses Rates für die Budgetdebatte 2026 zusammengetragen. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, man hätte sich schon früher sehr intensiv mit den Informatikkosten auseinandersetzen können, nämlich damals, als wir das Budget angeschaut haben. Jetzt haben wir ein, gelinde gesagt – wie sagt man das? –, ein crazy Budget, das wir beraten werden. Da hat es Anträge in der Höhe von 10'000 Franken. Es ist immer die gleiche Begründung. Wir geben uns gar nicht erst die Mühe, unsere Anträge sinnvoll zu begründen, und hier nicken wir einfach ab. Ich glaube, da müssen wir genauer hinschauen bei der Informatik, denn das wird uns noch viele, viele Jahre beschäftigen.

In diesem Sinne unterstützen wir diesen Nachtragskredit. Vielen Dank.

Priska Hänni-Mathis (Die Mitte, Regensdorf): Ich wiederhole die Zahlen nicht mehr, ich bin wieder einmal sehr erstaunt: Schon wieder kostet ein IT-Projekt viel mehr als budgetiert und früher mal angenommen. Ziel dieses Projektes ist es, die heute noch verstreuten und teils veralteten IT-Systeme der Verwaltung in eine moderne, sichere und wirtschaftliche Infrastruktur zu überführen. Und nur mit einer konsolidierten Rechenzentrumslandschaft kann der Kanton langfristig effizient, interoperabel und sicher arbeiten. Das finde ich mal gut. Die zusätzlichen Mittel sind mehrheitlich gut begründet. Die Applikationslandschaft ist komplexer als erwartet, wen wundert es. Einzelne Systeme müssen vor der Migration erneuert oder ersetzt werden. Wer hätte das voraussehen können? Und die Anforderungen an Sicherheit, Stabilität und Kapazität sind gestiegen. Jawohl, das ist so. Doch nicht nur die Sicherheit treibt die Kosten in die Höhe, auch die fachlichen Ansprüche nehmen stetig zu. Und da darf man sich durchaus fragen, ob wirklich jede Speziallösung nötig ist oder ob Zürich hier manchmal etwas zu ehrgeizig unterwegs ist. Trotzdem, ohne die meisten dieser Anpassungen kann das Projekt nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Ebenso ist der Aufbau einer professionellen Betriebs- und Supportorganisation unabdingbar, damit die neue Infrastruktur auch langfristig funktioniert.

Die Mitte unterstützt deshalb diesen Nachtragskredit, weil Kontinuität hier günstiger ist als Stillstand. Eine Verzögerung würde nicht nur zusätzliche Kosten verursachen, sondern auch die Betriebssicherheit der kantonalen IT gefährden. Mit diesem Projekt stellen wir sicher, dass der Kanton Zürich über eine zukunftsfähige, stabile und sichere IT-Grundversorgung verfügt, eine Voraussetzung für eine moderne Verwaltung. Die Mitte sagt deshalb Ja zum Nachtragskredit.

Regierungsrat Ernst Stocker: Besten Dank für Ihre Voten und vor allem besten Dank für Ihre Zustimmung. Ich nehme Ihre kritischen Voten sehr ernst, aber ich muss auch sagen: Wenn Sie bemerken, dass ein IT-Projekt 2020 geplant und gestartet wurde, und man fünf Jahre später eine etwas andere Ausgangslage hat, dann muss man einfach zur Kenntnis nehmen, dass fünf Jahre im Digitalisierungsbereich Welten sind. Und wenn Sie vor fünf Jahren alles gewusst haben, was in diesem Bereich gehen wird, dann bitte ich Sie, mir das zuzutragen, das könnte mir vielleicht helfen. Ich wusste es nicht, wie diese Entwicklung weitergeht.

Jetzt wurde gesagt, man solle endlich alles budgetieren. Geschätzter Kantonsrat Bochsler, bis jetzt haben wir gesagt: Wir budgetieren eng, das war ein Auftrag der Finanzkommission, «und wenn ihr dann mehr braucht, könnt ihr Nachtragskredite stellen», wurde gesagt. Das ist jetzt so ein Fall. Entweder machen wir Budgets mit Luft, dann müssen wir nie Nachtragskredite stellen, oder es gibt mal einen Nachtragskredit. Und deshalb habe ich hier nicht so ein schlechtes Gewissen. Aber selbstverständlich wäre es mir auch lieber, man wüsste alles zum Voraus.

Die Frage, die auch aufgeworfen wird, Sie kennen es aus den Medien, auch wir wissen es: Ist man noch zeitgemäß und sicher und souverän unterwegs, wenn man Microsoft-Lösungen hat? Diese Frage kann man mit Fug und Recht stellen, da bin ich bei Ihnen. Die Frage ist einfach: Sind wir nachher sicherer und vor allem günstiger unterwegs, wenn wir eine andere Lösung haben? Diese Frage

kann man auch stellen – neben derjenigen nach der digitalen Souveränität –, denn ich glaube, ganz so einfach, wie es klingt, ist es nicht. Ich war in Deutschland, in Baden-Württemberg, die haben das auch, nicht einmal Europa hat andere Lösungen, die funktionieren. Wir sind offen für das, das kann man anschauen, aber ganz so einfach wird es nicht sein. Erstaunlicherweise hat die Bundesverwaltung eben erst Office 365 eingeführt. Also es ist auch etwas schwierig, wenn die Armee etwas anderes sagt als der Rest der Bundesverwaltung, aber wir sind im Kontakt mit denen und wir werden schauen, wie das herauskommt.

Für eine engere Begleitung durch das Parlament, da muss ich Ihnen sagen, da bin ich sehr offen. Ich habe in diesem Rat schon gesagt, es sei eigentlich nicht zielführend, dass die GPK und die FIKO eine Digitalisierungssubkommission haben, und in der STGK wird das Budget des AFI angeschaut. Da bin ich offen, dass Sie eine Lösung einbringen, denn diese Fragen sind auch äusserst komplex und da braucht es eine parlamentarische Aufsicht. Aber das ist Ihre Sache, wie Sie das lösen.

Andererseits, wenn man von Digitalisierung redet und glaubt, das koste nichts, dann, glaube ich, liegt man falsch. Wer glaubt, Digitalisierung sei günstig und schaffe viel weniger Arbeitsplätze, da müssen Sie mir mal zeigen, wo das passiert ist. Bis jetzt reden alle davon, aber passiert ist sehr wenig. Schauen Sie mal in die Banken hinein, was die für Compliance- und Sicherheitsmassnahmen aufbauen. Also ganz so einfach ist das nicht. Und wir haben ja mit unserer Datensicherheit auch den Anspruch, dass das so sicher sein soll, weil die Bevölkerung auch hier sehr sensibel auf Daten, die von der öffentlichen Hand verwendet werden, reagiert.

Und auf der anderen Seite habe ich jetzt wahrscheinlich mindestens zehn Vorstösse, in denen es heisst: «Macht mal vorwärts! Die Zürcher Verwaltung verpasst alles, die ist viel zu wenig digital.» Ja, was sollen wir jetzt tun? Wir beantworten jetzt die Vorstösse und werden dann in den nächsten Jahren allenfalls noch mehr Geld brauchen, aber diesen Entscheid haben Sie.

Und zu guter Letzt – das möchte ich auch noch erwähnen – stehen noch die Ergebnisse der PUK (*Parlamentarische Untersuchungskommission*) vor uns, und da bin ich dann gespannt, wie das aussehen wird, ob wir wirklich genug tun, ob wir es besser machen müssen oder ob wir noch mehr investieren müssen.

Ich wollte eigentlich heute Morgen gar nichts sagen (*Heiterkeit*), ich habe ein dünnes Mäppchen dabei, aber ich habe gedacht, wenn Sie sich schon vertieft in diese Fragen begeben, dann ist es nur recht und billig, auch etwas zu sagen. Besten Dank für die Zustimmung.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 172 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und den Nachtragskredit zu bewilligen.

II.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.